

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 11/2023 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 05.12.2023**
- **31 Mal „Offen für ALLE“**
- **„Offen für ALLE“-Einrichtungen gesucht**
- **Mitmachen: Programm zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus**
- **Infoabend Weiterbildung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**
- **Filmgenuss für die kalte Jahreszeit mit dem Winterfilmkoffer 2023/24**
- **Kinderfotopreis 2024**
- **„Nach den Rechten geschaut“ – Folge 10 veröffentlicht**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 05.12.2023

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss

TOP 1 – Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2023 – 2027, Einzelplan 4 / Sozialbereich; TOP 3 – Haushaltsplan 2024 – Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2024, Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich "Förderung freier Träger" des Sozialreferates/Gesellschaftliches Engagement und Geschäftsleitung/Sozialplanung; TOP 4 – Haushaltsplan 2024 – Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2024, Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Amtes für Soziale Sicherung und TOP 6 – Haushaltsplan 2024 – Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2024 Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Amtes für Wohnen und Migration

abgesetzt

TOP 2 – Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2023 – 2027, Einzelplan 4 / Jugendamtsbereich

Für StRin Lena Odell (SPD/Volt) war der Sitzungstag ein Erfolg für die Kinder und Jugendlichen der Stadt, weil aus der Vorlage ersichtlich wurde, welche Leistungen München für die Heranwachsenden finanziert. Trotz einer Vielzahl von Krisen sei sichtbar, dass die Stadt in die Zukunft investiere. Sie dankte allen daran Beteiligten. Sie erläuterte den Änderungsantrag, den ihre Fraktion als Tischvorlage in die Sitzung eingebracht hatte. Demnach sollen 1) verstärkt Anstrengungen zur Prävention sexualisierter Gewalt unternommen werden, 2) mehr Räume für Kinder und Jugendliche für Freizeitangebote geschaffen werden, 3) Frauen noch stärker als Zielgruppe in den Blick genommen werden, 4) soll das Thema psychische Gesundheit stärker Beachtung finden und 5) das Thema „junges Wohnen“ intensiv weiterbearbeitet werden.

Änderungsantrag Die Linke/Die Partei, Abstimmung im Sozialausschuss: gegen die Stimmen Die Linke/Die Partei abgelehnt

Änderungsantrag Die Linke/Die Partei, Abstimmung im KJHA: gegen die Stimmen Die Linke/Die Partei abgelehnt

TOP 5 – Haushaltsplan 2024 - Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei, 2024 Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich "Förderung freier Träger" des Stadtjugendamtes

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) wies darauf hin, dass es von der Partei „Die PARTEI“ einen Änderungsantrag gebe, den er allerdings nicht kommentieren wollte.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) dankte für die engagierte Arbeit des Referats trotz der komplexen Krisen. Im Änderungsantrag ihrer Fraktion geht es vor allem um die Unterstützung der Präventionsarbeit kleinerer Träger. Insbesondere setzt sich der Antrag dafür ein, die Erziehungsberatungsstellen für Eltern auszubauen.

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im Sozialausschuss: gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler angenommen

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im KJHA: gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler angenommen

TOP 7 – Haushalt 2024 des Sozialreferates

Zu diesem Top lag ein Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen/Rosa Liste vor, der eine Förderung der Einrichtung „amyna“ sowie des Themas „Junges urbanes Wohnen“ vorsieht. StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich zunächst bei allen Beteiligten in den Stadtbezirken, die mit ihren Angeboten alle Menschen erreichen könnten. Sie kritisierte, dass die Unterlagen zur Sitzung wieder so spät an die Ausschuss-Mitglieder verschickt wurden. Dieser Kritik schloss sich auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) an.

Änderungsantrag SPD/Volt/Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im Sozialausschuss: gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler angenommen

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im KJHA: gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler angenommen

Gesamtantrag, Abstimmung im KJHA: gegen die Stimmen von CSU/Freie Wähler/Die Linke/Die Partei angenommen

Gesamtantrag, Abstimmung im Sozialausschuss: endgültige Entscheidung einstimmig in nächsten Sozialausschuss vertagt

TOP 8 – Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe beheben; Duales Studium Soziale Arbeit (B. A.) fördern!

StRin Nicola Holtmann (ÖDP/München-Liste) wollte wissen, ob künftig weitere Plätze für dual Studierende entstehen und an welchen Hochschulen diese entstehen sollen. Bislang gebe es keine Planungssicherheit für die Hochschulen, weil keine Zusagen erfolgt wären.

Michaela Fischer (Caritas) dankte für die Vorlage und freute sich, dass darin nun auch die freien Träger bei der Refinanzierung von Plätzen für dual Studierende berücksichtigt werden. Sie wies darauf hin, dass bei den freien Trägern Bedarfe für 120 Studierende gemeldet wurden – nach jetzigen Planungen aber nur 30 Plätze pro Jahr durch den städtischen Haushalt refinanziert werden. Dies hat dazu geführt, dass die Vergabe per Los, wie in der Vorlage beschrieben, als Option zur Platzvergabe gesehen wird. Im Ergänzungsantrag von KJR, Münchner Trichter und der ARGE Freie München wird darum gebeten, die Teilnahme an Losverfahren mit einer kurzen schriftlichen Interessenbekundung der Träger zu ermöglichen. Sie erklärte weiterhin, dass es gut sei, dass in der Beschlussvorlage keine Eigenmittel der Träger vorgesehen seien. Kritisch blieben mögliche Rückzahlungsforderungen. Ein gangbarer Weg sei, bei Abbruch des Studiums keine bereits geleisteten Vergütungen von den Studierenden zurückzufordern, sondern lediglich die Bereitstellung weiterer Zuschüsse der Stadt zu stoppen. Auch diese Forderung ist im Ergänzungsantrag der ARGE Freie München, KJR und Trichter gestellt. Darüber hinaus sei vereinbart, dass es keine regelhafte Einrichtung von Studienplätzen an den Hochschulen geben werde, sondern nur bei ausreichendem Bedarf entsprechende Seminare zusammengestellt werden.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass mit dieser Regelung nun ein wichtiger Schritt in Richtung Beseitigung des Fachkräftemangels getan wurde. Sie wies darauf hin, dass rechnerisch nur 29 Plätze für dual Studierende finanziert seien und keine 30. Das Sozialreferat sollte diesen Fehlbetrag aus seinem Budget aufbringen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) bestätigte, dass es sich um eine wunderbare Vorlage handle. Sie dankte dem Referat und den freien Trägern für das Zustandekommen dieser Vorlage.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) freute sich ebenfalls über das Ergebnis und dankte den freien Trägern für deren Unterstützung. Sie erklärte, dass eine formlose Interessenbekundung zur Teilnahme am Losverfahren nicht ausreichend sei, weil es sich um städtische Gelder handle, die nachvollziehbar vergeben werden müssen.

Zum Wunsch von StRin Lüttig, einen Platz für dual Studierende aus dem Budget des Sozialreferates zu finanzieren, stellte Dorothee Schiwy fest, dass dies wegen der Höhe der nötigen Summen über mehrere Jahre nicht möglich sei.

Ergänzungsantrag freie Träger, Abstimmung im Sozialausschuss: mehrheitlich angenommen

Ergänzungsantrag freie Träger, Abstimmung im KJHA: mehrheitlich angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss

TOP 1 – Errichtung eines Hauses für Kinder mit 3 Krippen- und 3 Kindergartengruppen im Baugebiet Freiham WA 12 in der Wiesentfeller Str. 84 im 22. Stadtbezirk Aubing-Lochhausen-Langwied, TOP 2 – Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen, Kindertageseinrichtungen sonstiger Träger; Haus für Kinder an der Schleißheimer Straße 501 im 24. Stadtbezirk Feldmoching-Hasenberg, TOP 3 – Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen, Kindertageseinrichtungen sonstiger Träger; Kindergarten an der Kapuzinerstr. 25 c im 2. Stadtbezirk Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, TOP 4 – Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen, Kindertageseinrichtungen sonstiger Träger; Kinderkrippe an der Löfflerstraße 1 im 23. Stadtbezirk Allach-Untermenzing
ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 5 – Zentrale Koordinierungsstelle Inklusive Angebote im Bildungsbereich

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) erklärte, dass eine solche geplante Koordinierungsstelle eigentlich unnötig wäre, wenn Landesregierung und die Regierung von Oberbayern die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ernst nehmen würden. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gleichberechtigte Bildungsangebote und Beteiligung. Sie bat darum, Stadtjugendamt und RBS bei diesem Vorhaben eng zu verzahnen.

StRin Sofie Langmeier (Die Grünen/Rosa Liste) merkte an, dass ihr das Profil einer solchen Stelle zu schwammig formuliert sei; handelt es sich dabei um eine Lotsen- oder eine Beratungsstelle? Zudem erscheine ihr die Eingruppierung der Stelle als zu hoch. Sie wünschte sich eine regelmäßige Berichterstattung der Stelle im KJHA und im Bildungsausschuss.

Kerstin Günter (Behindertenbeirat) erläuterte, dass die Stelle eine Lotsenfunktion für Eltern haben soll. Die Stelle solle zudem in allen Referaten das Thema Inklusion vorantreiben – dazu sei sie auch mit den Verfahrenslotsen zu verknüpfen.

Gabriele Nuß (Gleichstellungsstelle für Frauen) ergänzte, dass im Bereich Inklusion der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit häufig unberücksichtigt bleibe. Insofern forderte sie, dass die Person, die diese Stelle übernehmen werde, über ausgewiesene Genderkompetenz verfüge.

Peter Scheifele (Stadtdirekt, Sozialreferat) berichtete, dass die Eingruppierung der Stelle noch offen sei – sie richte sich nach der Arbeitsplatzbeschreibung, die noch in Arbeit ist. Er sicherte zu, dass das RBS regelmäßig über die Arbeit der Koordinierungsstelle berichten werde.

Beschluss in beiden Ausschüssen einstimmig angenommen

TOP 6 – Weiterentwicklung der Ernährung und Verpflegung an allgemeinen Schulen – Darstellung des aktuellen Sachstands und des geplanten weiteren Vorgehens sowie Behandlung von Stadtratsanträgen

Für StRin Sofie Langmeier (Die Grünen/Rosa Liste) gehöre das Thema Ernährung seit jeher zu den besonders wichtigen Aspekten beim gesunden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Ihre Fraktion setze sich dafür ein, dass alle Bestandteile der Verpflegung wertvoll – und keine „Sättigungsbeilagen“ seien. Die Schüler*innen sollen gern in die Mensen gehen, weil das Essen dort schmeckt. Im Änderungsantrag ihrer Fraktion wird gefordert, dass für das Projekt zwei weitere Vollzeitstellen zugewiesen werden, um größere Erfolge des Vorhabens abzusichern. Das sei auch deshalb wichtig, weil sich Ernährungsgewohnheiten aus dem Kindesalter bis ins Erwachsenenleben fortsetzen.

StRin Julia Schönfelder-Knor (SPD/Volt) forderte Synergieeffekte mit der Ernährungsbildung herzustellen. Dem stimmte auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zu und begrüßte, dass das Projekt eine Zentralisierung der Versorgung der Mensen vorsehe.

StRin Nicola Holtmann (ÖDP/München-Liste) forderte, durch die Überarbeitung der Pachtverträge mit den Mensen-Betreibern eine Motivation zu schaffen, ein bestmögliches Angebot vorzuhalten.

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im Bildungsausschuss: einstimmig angenommen

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste, Abstimmung im KJHA: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 7 – Stufenweise Ausweitung des Verpflegungssystems Frisch-Mischküche auf alle städtischen Kindertageseinrichtungen

In einer Präsentation des RBS wurden zunächst der Stand der Umsetzung des Verpflegungssystems sowie die Vorteile einer solchen Umstellung dargestellt. Gemeinschaftsverpflegung soll in diesem Zusammenhang als Kulturgut, als ein Beitrag zur Gesundheitsprävention und als Bildungsimpuls verstanden werden. Eine Befassung mit dem Thema Verpflegung sei auch deshalb dringend nötig, weil zunehmend Kinder ohne Frühstück in die Einrichtungen kämen bzw. das gemeinsame Essen zu Hause nicht praktiziert werde. Die Vorteile des neuen Verpflegungskonzeptes lägen klar auf der Hand: weniger hochverarbeitete Lebensmittel, Wertschätzung der handwerklichen Herstellung der Produkte bzw. Mahlzeiten sowie Beitrag zum Klimaschutz. Zudem erfolge so eine Geschmacksprägung bei jungen Menschen, den Bedürfnissen von Kindern kann mit dieser Art der Mahlzeiten besser Rechnung getragen werden und es erfolge eine Professionalisierung des Berufsstandes der Hauswirtschaft.

StRin Julia Schönfelder-Knor (SPD/Volt) begrüßte, dass mit der Frisch-Mischküche vor allem ein Qualifizierungsprogramm der Mitarbeitenden in den Küchen verbunden sei. Auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich für die Vorlage. Sie sah darin einen großen Fortschritt – vor allem in der Zentralisierung. Gabriele Nuß (Gleichstellungsstelle für Frauen) wies darauf hin, dass das Thema auch dafür geeignet sei, Maßnahmen zur betrieblichen Gleichstellung umzusetzen.

Julia Sterzer (AWO) erläuterte den Ergänzungsantrag der freien Träger und erklärte, dass die Maßnahmen zur Ausweitung des Verpflegungskonzeptes auch für die freien Träger gelten sollten. Sie bat darum, diesen Antrag im Referat prüfen zu lassen.

Florian Kraus (Stadtschulrat) erwiderte, dass sich eine Einbeziehung der freien Träger gut im Defizitfördersystem abbilden lasse. Er werde den Ergänzungsantrag der freien Träger gern umsetzen.

Ergänzungsantrag freie Träger, Abstimmung im KJHA: einstimmig angenommen

Ergänzungsantrag freie Träger, Abstimmung im Bildungsausschuss: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

Dringlichkeitsanträge

TOP 9 – Informationen zur Münchner Förderformel! (Antrag CSU/Freie Wähler)

TOP 10 – Wie geht es weiter mit der Münchner Förderformel (Antrag Die Linke/Die Partei)

TOP 11 – Härtefallregelung für alle Münchner Träger von Kindertagesbetreuungseinrichtungen (Antrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste)

Florian Kraus (Stadtschulrat) erläuterte zunächst den Stand der Entwicklung bei der Neuausrichtung der Münchner Förderformel (MFF). Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach die MFF rechtswidrig sei, hatte die Stadt die Bayerische Staatsregierung gebeten, einer Lösung zuzustimmen, die rechtssicher ist. Das habe die zuständige Ministerin abgelehnt. Die Landeshauptstadt habe nun das sogenannte Defizitfördersystem als Alternative zur MFF ins Auge gefasst, um das Ziel – Bildungsgerechtigkeit und finanzielle Entlastung von Eltern – zu erreichen. Dieser Vorschlag wurde auch dem Kommunalen Prüfungsverband vorgelegt, der diesen Ansatz als ebenfalls nicht rechtskonform wertet. Die Landeshauptstadt wird nun so lange nacharbeiten, bis diese Rechtssicherheit eindeutig erreicht wird. Man erkenne dabei wohl die Unsicherheit für die freien Träger in dieser Phase der Umstellung des Fördersystems – vor allem im Hinblick auf das Einfrieren der Eltern-Entlastungsbeträge.

Verena Dietl (3. Bürgermeisterin, Sitzungsleitung) bekräftigte, dass die Stadt für die freien Träger ab dem 01.01.2024 Sicherheit in der Förderung schaffen wolle.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) zeigte sich wütend über die Bayerische Staatsregierung und die Regierung von Oberbayern, weil die keine Lösungsvorschläge unterbreiten würden. Der Landeshauptstadt sei das Fortbestehen der freien Trägerlandschaft sehr wichtig und man werde alles unternehmen, um für diese finanzielle Sicherheit zu schaffen. Er wies im Übrigen darauf hin, dass das Münchner Fördersystem durchaus auch in anderen Kommunen in Bayern angewendet würde – nur in München aber würde man diese Regelung für rechtswidrig erklären.

Verena Dietl (3. Bürgermeisterin, Sitzungsleitung) bekräftigte, dass mit der Härtefallregelung eine vorübergehende Lösung gefunden werden könne, um Bildungsgerechtigkeit auch künftig zu sichern.

Auch für StRin Julia Schönfelder-Knor (SPD/Volt) hatte Bildungsgerechtigkeit höchste Priorität. Für den Freistaat wäre es einfach, eine Lösung anzubieten. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass es auch künftig möglich sein werde, dass sich Träger direkt an das Referat wenden,

wenn sie in eine finanzielle Schieflage geraten würden. Solche Härtefälle würden dann umgehend abgefedert.

Julia Sterzer (AWO) begrüßte zwar grundsätzlich die vorliegenden Dringlichkeitsanträge, zeigte sich aber enttäuscht, dass der KJHA erst jetzt – in der Dezember-Sitzung – dieses drängende Thema behandeln würde. Die freien Träger hatten zuvor mehrfach darauf hingewiesen, dass eine Übergangslösung dringend erforderlich sei und insbesondere die eingefrorenen Elternbeiträge zunehmend ein massives Problem darstellten. Sie zeigte sich verärgert darüber, dass das RBS auch zur heutigen Sitzung kein konkretes Konzept vorgelegt habe, wie eine Lösung erreicht werden könne. Sie forderte zudem, dass auch Vertreter*innen aus der Politik an den Gesprächen zwischen RBS und freien Träger teilnehmen sollen. Die Anträge werden die Träger unterstützen.

Karin Majewski (Paritätischer) freute sich gemeinsam mit Julia Sterzer, dass das Thema Bildungsgerechtigkeit der breite politische Wille in der Landeshauptstadt sei. Sie wunderte sich jedoch auch, warum das RBS zum aktuellen Sitzungstermin keinen Lösungsansatz präsentiert habe. Für sie stelle sich zudem die Frage, wann denn ein Härtefall eingetreten sei und ob die Träger noch in 2023 Zuschüsse ausbezahlt bekämen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) erläuterte dazu, dass ein Härtefall dann eintrete, wenn der Träger diesen selbst als Härtefall bewerten würde. Im Übrigen warnte sie davor, dass – sollte es zeitnah keine alternative Lösung für die Zuschussregelung geben – ein familienpolitisches Desaster drohe und Kita-Gebühren massiv steigen würden.

Michaela Fischer (Caritas) stellte richtig, dass die Defizite aus dem Betrieb von Kitas auch die großen Träger massiv treffen würden, da diese ebenfalls keine Querfinanzierung sicherstellen können bzw. auch in keinem Bereich signifikante Überschüsse erwirtschaften. Die Härtefallregelung müsse deshalb für kleine und große Träger gelten.

Zum Stichwort familienpolitisches Desaster ergänzte Gabriele Nuß (Gleichstellungsstelle für Frauen) den Hinweis, dass auch eine sozial- und bildungspolitische Krise drohe, weil sich daraus ein massives gleichstellungspolitisches Problem ergebe.

Dringlichkeitsantrag unter TOP 9 (eingebracht von CSU/Freie Wähler – Informationen) – erledigt

Dringlichkeitsantrag unter TOP 10 (eingebracht von Die Linke/Die Partei – Informationen) – erledigt

Antrag unter TOP 11 (eingebracht von Die Grünen/Rosa Liste/Volt - Härtefallregelung) – in beiden Ausschüssen einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2023 – 2027, 1. Investitionsmaßnahmen für Bildungseinrichtungen, Kindertageseinrichtungen und Sportanlagen, TOP 2 – Schul- und Kitabauoffensive - 5. Schulbauprogramm, TOP 5 – Familien- und Beratungszentrum mit Ersatzbetreuung in der Kindertagespflege am Hanns-Seidel-Platz, TOP 12 – Finanzierung von Personal-, Sach- und Raumkosten für das Familien- und Beratungszentrum und die Ersatzbetreuung in der Kindertagespflege Neufreimann (ehemalige Bayernkaserne)

ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 3 – Studie zu Lebenslagen und Bedarfen von Mädchen* und jungen Frauen* durchführen

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) erklärte, dass das Stadtjugendamt die geplante Untersuchung nun deutlich größer angelegt habe als geplant. Sie zeigte sich unsicher, ob das wichtige Vorhaben angesichts der zeitlichen und personellen Ressourcen zu stemmen ist. In einem Änderungsantrag ihrer Fraktion wird der Zeitplan deshalb angepasst.

Änderungsantrag: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 4 – Jungenarbeit als Bereich der Jugendarbeit in München aufbauen!

Auch bei diesem TOP bat StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) darum, dem Änderungsantrag ihrer Fraktion zu folgen. Der sieht vor, einen Querverweis in der Vorlage zu streichen, um eine Studie zur Jungenarbeit nicht von den Ergebnissen einer Studie zur Mädchenarbeit abhängig zu machen. Beide Felder sind getrennt voneinander zu bewerten und unabhängig voneinander weiterzuentwickeln.

Änderungsantrag: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 6 – Förderung der binationalen Familien und Partnerschaften

StRin Lena Odell (SPD/Volt) erklärte, dass ihr Änderungsantrag die besonderen Bedürfnisse von binationalen Ehen/Partnerschaften berücksichtige, denn diese Ehen/Partnerschaften müssten sich häufig mit anderen Themen und Problemen auseinandersetzen. Es sei deshalb wünschenswert, dass bereits jetzt eine dauerhafte Förderung greife.

Änderungsantrag: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 7 – Ausbau der Ambulanten Erziehungshilfen (AEH) für das Neubaugebiet Freiham beim stadteigenen Anbieter

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) stellte den Änderungsantrag der ARGE Freie, KJR und Münchner Trichter vor und wies darauf hin, dass die Bedarfe für Hilfen zur Erziehung deutlich steigen. Da diese Bedarfe oft nicht mehr zeitnah gedeckt werden könnten, kämen andere Jugendhilfefelder zusehends unter Druck. Die Erziehungsberatung sei ebenso gefordert wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit oder die Familienzentren. Dabei drohe das System zu verstopfen, weil Kinder und Jugendlichen nicht mehr adäquat in ihren Bedarfen unterstützt werden können. Damit der Rechtsanspruch auf ambulante Erziehungshilfen wohnortnah in ganz München umgesetzt werden kann, soll für alle Sozialbürgerhäuser der Bedarf nach einer Erhöhung der pauschal finanzierten AEH-Stellen analog dem Verfahren für das SBH Pasing wie in der Beschlussvorlage ausgeführt, geprüft werden.

Esther Maffei (Jugendamt) kommentierte diesen Antrag mit dem Hinweis, dass das Jugendamt aus Gründen des Wettbewerbsrechts nicht nur bestimmte Träger berücksichtigen könne, worauf Dr. Manuela Sauer erwiderte, dass es beim Antrag noch nicht um einen Ausbau gehe, sondern um eine Bedarfsermittlung. Außerdem sei eine Festlegung auf einen festen Trägerkreis nicht vorgegeben.

Änderungsantrag: einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 8 – BNE VISION 2030 II: Sachstand und Satzung über die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit in der Begleitgruppe Bildung für nachhaltige Entwicklung

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) stellte den Änderungsantrag ihrer Fraktion vor, wonach die BNE-Angebote auch im außerschulischen Bereich etabliert werden sollen und hierfür 1,5 Stellen neu geschaffen werden sollen. Ziel ist eine bessere Verzahnung von schulischen und außerschulischen BNE-Angeboten.

Dem stimmte auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) zu und stellte fest, dass der Bereich BNE vor allem ehrenamtlich getragen werde. Nach der jetzigen Systematik sei jedoch das Sozialreferat/Jugendamt nicht involviert – wären aber zur Steuerung der Ehrenamtlichen wichtig. Seine Fraktion stellte deshalb ebenfalls einen Änderungsantrag, in dem gefordert wird, dass das Sozialreferat eine Ansprechperson für das Thema benannt wird.

Änderungsantrag Die Grünen/Rosa Liste: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag Die Linke/Die Partei: abgelehnt

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 9 – Gesetzliche Mitwirkungspflicht beim Verfahren zur Betriebserlaubnis für Einrichtungen gemäß § 99 SGB IX (ehemals §§ 53ff SGB XII) sowie Gewährleistung des Kinderschutzes für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige mit Behinderung

Kerstin Günter (Behindertenbeauftragte) zeigte Verständnis für die hohe Arbeitsbelastung im Jugendamt, kritisierte aber die Kurzfristigkeit des Versands der wichtigen Vorlage. Inhaltlich fehle ihr in dem Papier zudem die Benennung von Aufgabengebieten und die Auflistung von konkreten Maßnahmen. Zudem fragte sie, was bei dieser wichtigen Stelle passieren würde, wenn sie nicht zeitnah besetzt werde.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) antwortete daraufhin, dass die Abstimmung haushaltsrelevanter Beschlussvorlagen erst nach der Sommerpause erfolgen könne. Da viele Vorlagen mit verschiedenen anderen Referaten abgestimmt werden müssen, komme es am Ende des Jahres unvermeidbar zu einem Stau in der Bearbeitung bzw. dem Versand der Unterlagen.

Beschluss: einstimmig angenommen

TOP 10 – Aufarbeitung der Missstände bei der Unterbringung von Kindern durch die Landeshauptstadt München seit 1945: Finanzierung von Beratungen auf Honorarbasis für den Kriterienkatalog der Anerkennungsleistungen und zusätzlicher Mehrbedarf für die Anlaufstelle für Betroffene in 2024

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) betonte die Dringlichkeit des Antrags, weil die Landeshauptstadt den Betroffenen schnellstmöglich eine finanzielle Entschädigung anbieten will, um deren Lebensumstände zu verbessern. Außerdem werde mit der schnellen Bearbeitung des Antrags

eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu dem Thema erreicht. Die Botschaft solle lauten, dass sich München seiner Verantwortung stellt. Um die Aufarbeitung weiter vorantreiben zu können, soll die zuständige Kommission verlässlich unterstützt werden.

Beschluss: einstimmig angenommen

TOP 11 – Der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen entgegenzutreten – Ausbau der Jugendgerichtshilfe (JGH)

StRin Lena Odell (SPD/Volt) war es wichtig, festzustellen, dass auch straffällig gewordenen Jugendlichen schnell und wirksam geholfen wird. Die Jugendgerichtshilfe soll mit dem entsprechenden Antrag ausgebaut werden.

Dazu merkte StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) an, dass er eine Intervention der Kommune vor allem in der Präventionsarbeit sehe – weniger in der Jugendgerichtshilfe. Der Antrag sei dennoch wichtig, deshalb werde er auch zustimmen. Gleichzeitig sprach er sich für den Ausbau des Arbeitsbereichs Streetwork aus.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) zeigte sich verärgert, dass die Vorlage erst am Montagnachmittag zugestellt wurde, unterstrich aber, dass es sich bei dem Antrag um ein wichtiges Thema handle und bedankte sich für die Vorlage. Ihr Dank ging auch an die Fachsteuerung – die Zusammenarbeit sei in diesem Feld besonders gut.

Dem stimmte auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zu und bekräftigte, dass die präventive Arbeit sehr bedeutsam ist. Gleichzeitig beklagte sie den sehr späten Versand der Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) erläuterte noch einmal, worin die Ursachen der späten Versände liegen. Sie stellte zudem dar, dass man solche Anträge lieber noch im alten Jahr beschließen wolle, um den Betroffenen schnellstmöglich zu helfen. Das erzeuge mitunter einen Stau in der Bearbeitung.

Beschluss: einstimmig angenommen

TOP 13 – Anhebung der Förderleistung in der Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) beantragte, lediglich den Punkt 2 des Antrags (Berechnungen der Beitragsveränderungen der laufenden Geldleistung nach § 23 SGB VIII) in der heutigen Sitzung zu beschließen – der Rest soll in der Januar-Sitzung behandelt werden.

Änderungsantrag CSU/Freie Wähler: einstimmig angenommen

Punkt 2 des Gesamtantrags: einstimmig angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

31 Mal „Offen für ALLE“

Das Aktionsbündnis „Wir sind die Zukunft“ hat am 21.11. bereits zum sechsten Mal LGBTQIA*-freundliche Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet.

Erstmals erhielt das Siegel „Offen für ALLE“ der Mädchen*treff Blumenau. Ihre Rezertifizierung erfolgreich durchlaufen haben heuer das Jugendinformationszentrum (JIZ), der Freizeittreff Freimann, das Intermezzo, Das Laimer Jugendzentrum mit Abenteuerspielplatz, der Kinder- und Jugendtreff Mooskito, die Oase Neuhausen, der Kinder- und Jugendtreff Schäferwiese, das Café Netzwerk, das Feuerwerk TRAFIXX sowie der Kinder- und Jugendtreff 2Club. Das Siegel wird immer für vier Jahre verliehen.

Somit dürfen sich aktuell 31 Münchner Kinder- und Jugendtreffs sowie Organisationen „Offen für ALLE“ nennen. Sie zeigen damit, dass bei ihnen die Lebenssituation und die Bedürfnisse von LGBTQIA*-Jugendlichen besonders berücksichtigt werden und dass die Räume, Angebote und pädagogischen Maßnahmen bewusst auch für die Gruppe der jungen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Queeren, Agender, Transgender und Inter Personen offenstehen. Das Siegel „Offen für ALLE“ macht das auch nach außen und innen sichtbar.

Mehr Informationen gibt es auch auf www.wir-sind-die-zukunft.net

„OFFEN FÜR ALLE“-EINRICHTUNGEN GESUCHT!

Das Bündnis „Wir sind die Zukunft“ sucht Einrichtungen für die Auszeichnung „Offen für ALLE“ – Eine Auszeichnung für LGBTQIA*-freundliche Einrichtungen. Die Auszeichnung „Offen für ALLE“, ermöglicht es Einrichtungen der Offenen Kinder und Jugendarbeit, ihre Räumlichkeiten, ihre Angebote und ihre pädagogischen Maßnahmen auch für die Gruppe der jungen LGBTQIA*-Jugendlichen zu öffnen und dies nach außen und innen sichtbar zu machen. Für 2024 können noch interessierte Einrichtungen in den Zertifizierungsprozess aufgenommen werden. Bei Interesse oder für Infos meldet euch bei:

Münchner Trichter: Ulrike Steinforth unter info@muenchner-trichter.de

Fachforum Freizeitstätten: Nanne Dudowits unter n.dudowits@ag-buhlstrasse.de

Kreisjugendring München-Stadt: fachstelle-jungenarbeit@kjr-m.de oder fachstelle-maedchenarbeit@kjr-m.de

MITMACHEN: PROGRAMM ZU DEN INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Von 11. bis 24. März 2024 werden die Internationalen Wochen gegen Rassismus in München veranstaltet. In dieser Zeit lädt die Stadt dazu ein, gemeinsam mit Vereinen, Organisationen und Initiativen ein starkes Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Unter dem Motto „Menschenrechte für alle“ sollen zahlreiche Veranstaltungen dazu beitragen, sich aktiv mit dem Thema Rassismus und antirassistischen Gegenstrategien in München und Deutschland auseinanderzusetzen. Man kann sich für die Teilnahme [hier](#) bis zum 15. Januar 2024 anmelden.

INFOABEND ZUR WEITERBILDUNG „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Im April 2024 startet der 14. Kurs der berufsbegleitenden Weiterbildung. „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Beitrag zum Wandel in eine zukunftsfähige Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe, die ein breites Kompetenzprofil erfordert: vernetztes Denken, globale Perspektiven, Methodenvielfalt, Medienkompetenz, Projektorientierung, zielgruppen- und milieuspezifische Ansprache. Dazu arbeiten Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, Ökologische Akademie e.V., Ökoprojekt MobilSpiel e.V. mit renommierten Referent*innen aus der pädagogischen Praxis bzw. der Wissenschaft und bieten handlungsorientierte Zugänge. Zielgruppen sind: Mitarbeiter*innen von Bildungseinrichtungen, freiberuflich Tätige, Multiplikator*innen in Kommunen, Museen, Landratsämtern oder Betrieben und Ehrenamtliche in Vereinen, Verbänden und Initiativen. Am 31.01.2024, findet von 17:00 bis 20:00 Uhr ein digitaler Infoabend statt. Anmeldung erfolgt via E-Mail: a.schlehufer@kjr-ml.de. Weitere Infos gibt es [hier](#).

FILMGENUSS FÜR DIE KALTE JAHRESZEIT MIT DEM WINTERFILMKOFFER 2023/24

Der Winterfilmkoffer 2023/24 der Landesmediendienste bietet eine breite Auswahl an Spiel- und Kurzfilmen, Sachdokumentationen und vieles mehr und garantiert beste Unterhaltung – unabhängig von den Wetterbedingungen. Der Winterfilmkoffer beinhaltet zehn Filme und steht für vier Wochen ab dem Versanddatum zur Verfügung. Filmkarteninhaber und Teilnehmer*innen der Seniorenarbeit nutzen den Koffer kostenfrei, während Interessierte ohne Filmkarte den Koffer für 20 Euro erwerben können (Rechnung liegt bei). Die Bestellfrist endet am 22. März 2024. Die Aktion erstreckt sich bis einschließlich der Osterferien. Bestellungen per E-Mail an info@mediendienste.info. Informationen gibt es [hier](#)

KINDERFOTOPREIS 2024

Der Kinderfotopreis für alle 3- bis 12-Jährigen in Oberbayern geht mit dem Thema „(M)ein Wohlfühlort?!“ in eine neue Runde. „Was brauchst du, um dich richtig wohl zu fühlen? An welchem Ort gefällt es dir besonders gut? Oder gibt es vielleicht in deiner Umgebung auch Plätze, an denen man sich nicht gut fühlt?“ Man kann als Einzelperson oder als Gruppe (z. B. Schule, Kita, offene Angebote für Kinder) mitmachen. Einsendeschluss ist der 15. Mai 2024. Die Abschlussveranstaltung findet am Freitag den 05. Juli 2024 im Gasteig HP8 statt. Wie immer bieten Bezirksjugendring Oberbayern und Medienzentrum München Workshop-Materialien, Geräteverleih, Beratung, Projektbegleitung und Fortbildungen. Genauere Informationen gibt es [hier](#).

„NACH DEN RECHTEN GESCHAUT“ – FOLGE 10 VERÖFFENTLICHT

Bereits zehn Mal hat das Projekt „Der Elefant im Raum“ in diesem Jahr „nach den Rechten“ geschaut. In einem [monatlichen Kampagnenformat auf Instagram](#) und den dazugehörigen

Podcast-Folgen geht es um die Sensibilisierung für Themen, die von rechten und rechtsextremen Akteur*innen besetzt werden und die gleichzeitig auch für Jugendliche vermeintlich attraktiv wirken. Die jugendgerechte Aufarbeitung der komplexen Themen bietet einen guten Einstieg, um die Themen in der Bildungsarbeit zu besprechen. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Online-Seminar „Beef auf TikTok und Co.?! Wie mit Konflikten auf Social Media umgehen?“
Wer: Medienzentrum München des JFF
Wann: 14.12.2023, 11:00 – 12:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen auf Gaming-Plattformen und Messenger-Diensten
Wer: Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V.
Wann: 14.12.2023, 13:00 – 14:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: Online-Seminar „Medien & Gender“
Wer: Medienzentrum München des JFF
Wann: 18.01.2024, 11:00 – 12:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: 14. Kurs der Berufsbegleitenden Weiterbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung
Wer: Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, KJR München-Land; Ökologische Akademie e.V.; Ökoprojekt MobilSpiel e.V.
Wann: Infoabend am 31.01.2024, 17:00 – 20:00 Uhr
Wo: online
Kosten: Infoabend kostenfrei
Anmeldung: E-Mail an a.schlehufer@kjr-ml.de

Was: Suchtblitz: Essstörungen – Die hungernde Suche nach dem Wohin!

Wer: Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e. V.
Wann: 31.01.2024, 14:00 – 15:30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: Onlinefortbildung: Mit Kindern fotografieren
Wer: Bezirksjugendring Oberbayern, Medienzentrum München des JFF
Wann: 01.02.2024, 14:00 – 16:00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: Onlinefortbildung: Mit Kindern fotografieren
Wer: Bezirksjugendring Oberbayern, Medienzentrum München des JFF
Wann: 02.02.2024, 10:00 – 12:00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

Was: Vertiefungsworkshop - Mit Kindern fotografieren (zusätzlich nach der Teilnahme an der Onlinefortbildung: Mit Kindern fotografieren am 01.02.2024 oder am 02.02.2024)
Wer: Bezirksjugendring Oberbayern, Medienzentrum München des JFF
Wann: 09.02.2024, 10:00 – 12:00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 16.01.2024

Bericht vom KJHA vom 09.01.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.